

Politik gegen Leuthards Willen

CO₂-GESETZ Die Schweiz soll den CO₂-Ausstoss bis 2030 halbieren, jedoch ohne fixes Inlandziel. SVP und FDP haben sich im Nationalrat durchgesetzt – auch dank Doris Leuthards Partei. Das sorgt in der CVP für Misstöne.

So hat sich Doris Leuthard einen ihrer letzten Kämpfe gegen den Klimawandel kaum vorgestellt. Die Schweiz soll ihr Klimaziel 2030 allein durch den Kauf von Emissionszertifikaten im Ausland erfüllen können. Das hat der Nationalrat im Rahmen der Revision des CO₂-Gesetzes gestern beschlossen. Zwar trägt er das Ziel des Bundesrats mit, den CO₂-Ausstoss bis 2030 gegenüber 1990 um 50 Prozent zu senken. Einen fixen Inlandanteil an diesem Ziel lehnt er aber ab. Der Bundesrat dagegen will mindestens 30 Prozentpunkte im Inland einsparen, den Rest im Ausland. Vergeblich warnte Leuthard, ohne eine quantifizierte Zielvorgabe fehle ein wichtiger Ankerpunkt für die Ausgestaltung der einzelnen Klimaschutzmassnahmen im Inland, etwa der CO₂-Lenkungsabgabe auf Brennstoffe.

CVP gibt FDP Schuld

Mit der Streichung des Inlandziels haben SVP und FDP ihre Mehrheit im Rat ausspielen können. Ermöglicht haben den Erfolg aber zwei Abweichler just aus Leuthards Partei, der CVP: Fabio Regazzi und Thomas Egger. Regazzi verteidigt seinen Entscheid: Fixe Inland- und Auslandsziele seien im Interesse einer effizienten Umsetzung des Gesamtreduktionsziels falsch. Egger war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Dazu haben zwei CVP-Frauen gefehlt: Elisabeth Schneider-Schneiter, die dem Vernehmen nach mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann in den USA weilt, und Viola Amherd, die mit ihrer Bundes-



Gelangt in der Schweiz zu viel CO₂ in die Luft, soll das im Ausland kompensiert werden.

Foto: Keystone

ratskandidatur beschäftigt war.

Die mangelnde Geschlossenheit hat gestern in der CVP für Misstöne gesorgt. Die Partei, so ein Mitglied, habe es nicht geschafft, geeint aufzutreten, und so jene Kritiker bestätigt, die in der CVP keine zuverlässiger Partnerin sähen. Entsprechend laut sei es an der gestrigen Sitzung der Fraktion geworden. In der CVP fühlt man sich nun zu Unrecht als Teil der Klimaschutz-Gegnerchaft angeprangert. Fakt sei, dass sich die FDP «komplett aus dem Klimaschutz verabschiedet» habe – und nicht die CVP, sagt Nationalrat Stefan Müller-Altermatt.

Auch bei den Standards für internationale Bescheinigungen

haben SVP und FDP gestern die Regeln diktiert. Emissionsverminderungen, die im Ausland erfolgen, sollen nur die international festgelegten Anforderungen erfüllen, damit sie in der Schweiz berücksichtigt werden. Zusätzlich Anforderungen waren im Rat chancenlos, etwa die Vorgabe, dass die CO₂-Reduktion ohne Verkauf des Klimazertifikates nicht zustande gekommen wäre.

Der Entscheid des Nationalrats macht linke Parlamentarier fassungslos, wie die gestrigen Reaktionen zeigen. Sie können nicht verstehen, dass Schweizer Wirtschaftsvertreter für Massnahmen im Ausland plädieren. SVP und FDP entgegneten, dass so

mit dem Franken die bestmögliche Wirkung erzielt werde, da die Kompensation im Ausland günstiger sei. Das stimmt zwar – fraglich ist aber, wie lange noch. Experten erwarten einen steilen Anstieg des Preises, wenn sich die am Austausch beteiligten Länder strikte Klimaziele verordnen und für den internationalen Emissionshandel ein strenges Regelwerk anwenden.

Leuthards Appell

Setzt sich die rechte Seite weiter durch, wird der Nationalrat das CO₂-Gesetz in der Schlussabstimmung womöglich ablehnen: SP, Grüne und GLP, weil es ihnen zu wenig weit geht, die SVP, weil sie

es ohnehin nicht will. In diesem Fall müsste der Ständerat die Vorlage von Grund auf neu beraten. Bundesrätin Leuthard ist überzeugt, dass die kleine Kammer Korrekturen vornehmen wird: «Die Bevölkerung erwartet nach diesem Hitzesommer, dass die Politik zugunsten des Klimaschutzes handelt.» Erste Signale deuten darauf hin, dass nicht nur linke Ständeräte Leuthards Appell folgen werden, sondern auch Mittevertreter, etwa Werner Luginbühl (BDP) oder Beat Vonzanthen. Auch er sei ein Wirtschaftsvertreter, sagt Leuthards Parteikollege, und als solcher unterstütze er konkrete Zielsetzungen. *Stefan Häne*

WENIGER TREIBHAUSGASE

Gebäudestandards und Neuwagen

Zu den Massnahmen zur CO₂-Reduktion im Inland gehört die Sanierung von Gebäuden. Dafür sind die Kantone zuständig. Der Nationalrat will aber nicht im Gesetz verankern, dass sie einen einheitlichen Gebäudestandard erlassen. **Ausserdem soll das Ziel einer Reduktion um 50 Prozent gegenüber 1990 erst 2030 erreicht werden müssen.**

Der Rat hatte auch zu entscheiden, was geschehen soll, wenn die Ziele bei Gebäuden nicht erreicht werden. Vorgesehen sind CO₂-Grenzwerte. Der Rat will weniger strenge als der Bundesrat.

Massnahmen sind auch im Verkehr geplant. Das Gerechteste wäre eine CO₂-Abgabe, stellte Leuthard fest. Der Bundesrat ha-

be keine vorgeschlagen, weil sie nicht mehrheitsfähig sei. Der zweitbeste Weg seien Vorgaben für Neuwagen. Wie bisher sollen diese schrittweise verschärft werden. **Die Importeure müssen Vorgaben zu den durchschnittlichen CO₂-Emissionen erfüllen. Importieren sie zu viele Autos mit hohem Ausstoss, müssen sie Sanktionen zahlen.** Hier folgte der Nationalrat bei den Werten mehrheitlich dem Bundesrat. Er strich allerdings die Möglichkeit, Zwischenziele vorzusehen. Der Nationalrat will den Importeuren nicht erlauben, Elektroautos vom Durchschnitt auszunehmen. Die Beratungen zur Totalrevision gehen nächsten Montag weiter. *sda*

Der Nationalrat verzichtet auf ein fixes CO₂-Reduktionsziel im Inland. Das ist ein Sieg für SVP und FDP – ein Sieg, der nur dank Absenzen und Abweichlern in der CVP zustande gekommen ist. Das ist bitter vor allem für die abtretende CVP-Magistratin Doris Leuthard. Die Schweiz kann damit ihr Klimaziel 2030 theoretisch vollständig mit dem Kauf ausländischer Emissionszertifikate erfüllen – einem Instrument mit umstrittener Wirkung also.

Eine solche Politik verstösst zwar nicht gegen das Pariser Klimaübereinkommen, ist aber nicht in dessen Geist. Bis spätestens in der zweiten Jahrhunderthälfte müssen die Staaten, die wie die Schweiz Paris mittragen, ihre CO₂-Emissionen auf netto null reduzieren. Den Klima-

Kommentar



Stefan Häne

Schwerer Rückschlag für den Klimaschutz

schutz auszulagern, bringt unser Land auf diesem Weg also weiter in Rückstand. Dabei könnte es sich die Schweiz leisten, im eigenen Land in den Klimaschutz zu investieren.

Dies umso mehr, als so auch wirtschaftliche Chancen entstünden, etwa in Form neuer Aufträge fürs Gewerbe oder Innovationen, welche die Schweiz exportieren könnte. Doch statt voranzugehen, droht die Schweiz ehrgeizigen Staaten wie Schweden hinterherzuhinken. Es ist nun am Ständerat, den Entscheid zu korrigieren. Unterlässt er dies, werden Volksinitiativen für mehr Klimaschutz wohl an Unterstützung gewinnen. SVP und FDP werden solche Begehren als radikal abtun. Dabei sind sie selber radikal – als Klimaschutzgegner.

Bundesrat verärgert die Ständeräte

HEIRATSSTRAFE Dass der Bund falsche Zahlen zur Heiratsstrafe publizierte, hat ein Nachspiel.

Ständeratsmitglieder haben gestern ihrem Ärger Luft gemacht über die vom Bund publizierten, falschen Zahlen zu von der Heiratsstrafe betroffenen Doppelverdiener-Ehepaaren. Anlass war eine Interpellation von Pirmin Bischof (CVP, SO) zu den Zahlen, die der Bundesrat vor

der Abstimmung im Februar 2016 über die CVP-Initiative für die Abschaffung der Heiratsstrafe publiziert hatte. Damals wurde angegeben, rund 80 000 Doppelverdiener-Ehepaare seien von der Heiratsstrafe betroffen. Im vergangenen Sommer wurde die Zahl aufgrund einer neuen Schätzmethode dann auf rund 45 000 Paare korrigiert. Doch auch diese Zahl steht inzwischen infrage. Die «grundfalsche» Information vor dem Urnengang

Die «grundfalsche» Information sei abstimmungsentscheidend gewesen, kritisierte Pirmin Bischof.

2016 sei abstimmungsentscheidend gewesen, kritisierte Bischof gestern im Rat. «Ich habe mich auch geärgert», räumte Finanzminister Ueli Maurer im Rat ein und entschuldigte sich. Allerdings sei es so, dass nur die Kantone und nicht der Bund wüssten, wer direkte Bundessteuern bezahle, sagte er. Ein Teil der Stände verweigere die Daten. «Wir werden alles tun, um verlässliche Zahlen zu haben», versicherte Maurer mit

Blick auf die Reform der Bundessteuer, mit der der Bundesrat die Heiratsstrafe beseitigen will. Mit der Angelegenheit befasste sich inzwischen auch die zuständige Geschäftsprüfer (GPK).

Die Initiative erreichte im Februar 2016 zwar das Ständemehr, scheiterte mit 50,8 Prozent Nein aber am Volksmehr. Hängig ist eine im Sommer eingereichte Abstimmungsbeschwerde der CVP. Sie will erreichen, dass die Abstimmung wiederholt wird. *sda*

In Kürze

STEUERPRAXIS

Schweiz bleibt auf der grauen Liste

Die EU-Finanzminister haben gestern mit Andorra und San Marino weitere Länder von ihrer grauen Liste der Steueroasen gestrichen. Nicht so die Schweiz: Sie steht noch immer auf der grauen Liste, und langsam wird die Zeit knapp. Die EU-Finanzminister wollen bereits im März 2019 entscheiden, wer definitiv von der grauen Liste gestrichen wird. Doch bis dahin wird die angeprangerte Diskriminierung bei den Unternehmenssteuern kaum unter Dach und Fach sein. *sda*

STAATSANWALTSCHAFT

Keine Untersuchung im Fall Villiger

Der Kanton Luzern führt keine externe Untersuchung dazu durch, ob die Staatsanwaltschaft im Falle des Zuger Regierungsrats Beat Villiger korrekt gehandelt hat. Die Massnahme sei unangebracht, würde in die Unabhängigkeit der Strafverfolgung eingreifen und die Gewaltentrennung verletzen, befand der Kantonsrat. Der Zuger Sicherheitsdirektor war in die Schlagzeilen geraten, weil er einer Frau ohne Führerausweis ein Auto geliehen hatte. Zudem wurde wegen eines Kaufvertrages für das Auto der Vorwurf der Urkundenfälschung erhoben. *sda*

SCHULE

«Schreiben nach Gehör» unter Druck

Vertreter aus allen vier Fraktionen des St. Galler Kantonsrats fordern in einem Vorstoss die Abschaffung der Lernmethode «Schreiben nach Gehör» in der Primarschule. Wie viele Schulen in der Schweiz «Schreiben nach Gehör» praktizieren, ist nicht bekannt. Nidwalden ist der erste Kanton, der die Methode «Schreiben nach Gehör» früher abschafft, als es der Lehrplan 21 vorsieht. Darin ist festgehalten, dass Lehrer erst ab dem dritten Schuljahr eine korrekte Schreibweise durchsetzen sollten. *sda*

VERSICHERUNGSDETEKTIVE

Rüge wegen Überwachungsvideo

Vor der Abstimmung über Versicherungsdetektive hat Andreas Dummermuth, Direktor der Ausgleichskasse Schwyz, den Medien Überwachungsvideos übergeben. Aus Sicht des Bundesrats ist das problematisch. Die Beurteilung, ob er damit eine Rechtsverletzung beging, sei Sache der Gerichte, schreibt die Regierung. Im Raum steht der Verdacht auf Amtsmissbrauch, Amtsgeheimnisverletzung und Persönlichkeitsverletzung. *sda*

FINANZWESEN

Banken müssen Kapital aufbauen

Systemrelevante Banken sind gezwungen, zusätzliches Eigenkapital aufzubauen. Mit einer Gesetzesänderung will der Bundesrat verhindern, dass dadurch die Steuerbelastung steigt. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat zugestimmt. Bei der Gesetzesänderung geht es um die Kapitalbeschaffungsinstrumente CoCos, Write-off-Bonds und Bail-in-Bonds, die systemrelevante Banken herausgeben müssen, um Eigenkapitalanforderungen zu erfüllen. Ab 2020 muss die Emission durch die Konzernobergesellschaft erfolgen. *sda*